



# Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Saarland



## **Versorgungsreform - alle politischen Kräfte im Saarland lehnen Schilys Gesetzentwurf zur Versorgungsänderung ab**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

nach der letzten Info vom 11. September 2001 hat sich einiges in Sachen Versorgungsänderung getan.

Hier der aktuelle Sachstand:

1. BMI Schily hat seine Kompromisslinie vom 5. September 2001 zum Gegenstand eines veränderten Gesetzentwurfs gemacht. Dieser ist am 19. September 2001 vom Bundeskabinett verabschiedet worden. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben zwischenzeitlich einen gleichlautenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht.  
Die Inhalte, insbesondere die damit verbundenen Änderungen zum vorherigen Entwurf können der GdP-Info vom 11. September 2001 entnommen werden.
2. Voraussichtlich am 19. Oktober 2001 wird sich der Bundesrat im ersten Durchgang mit dem Regierungsentwurf beschäftigen. Für uns in der saarländischen GdP war es wichtig, die politischen Kräfte hier im Land auf unsere Seite zu bringen. Neben einem Brief an den saarländischen Ministerpräsidenten war es daher geboten, bei den Landtagsfraktionen von CDU und SPD Überzeugungsarbeit zu leisten. Nach ausführlichen Gesprächen am 17. und 20. September 2001 erklärten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Peter Hans sowie der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Heiko Maas übereinstimmend, dass vor dem Hintergrund der von der GdP vorgebrachten Argumente auch der „neue Schily-Entwurf“ nicht akzeptabel sei und man die jeweiligen politischen Möglichkeiten nutzen werde, um für eine bessere Reformvariante zu sorgen.

Beide Landtagsfraktionen setzten ihre Zusagen bereits eine Woche später am 26. September 2001 um, indem sie in der Sitzung des Landtages entsprechende Anträge einbrachten. Im Tenor erklärten beide Fraktionen übereinstimmend, dass bei der Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung eine Schlechterstellung der Beamten nicht erfolgen darf, unter allen Umständen Sonderopfer vermieden werden müssen und vor allen Dingen Besitzstandswahrung und Vertrauensschutz zu gewährleisten sind.

**Unter dem Eindruck der Anwesenheit einer großen GdP-Delegation im Landtag (wir waren übrigens die einzigen) wurden beide Anträge einstimmig verabschiedet.**

**Dazu sagt die GdP ganz bewusst: Danke!**

3. **Anlässlich des Festaktes zum 50-jährigen GdP-Jubiläum am 22. September 2001 in St. Ingbert erklärte Ministerpräsident Peter Müller im Rahmen seines Festvortrages, dass er die Antwort auf den diesbezüglichen Brief des GdP-Landesvorsitzenden bewußt zum Jubiläum mitgebracht habe.**

**Die von der GdP vorgetragenen Argumente seien richtig, die Landesregierung werde sich in sofern im Bundesrat gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung aussprechen!**

**Im gleichen Sinne bekräftigte die Ministerin für Inneres und Sport, Annegret Kramp-Karrenbauer, die Position der saarländischen Landesregierung zum Ende der Landtagsdebatte am 26. September 2001.**

**Auch hier sagt die GdP: Danke!**

4. Zwischenzeitlich liegt uns die offizielle schriftliche Antwort der Staatskanzlei zum Brief des GdP-Landesvorsitzenden vom 10.08.2001 vor. In Reflexion auf die „sehr überlegenswerte GdP-Sichtweise“ sei, so der Chef der Staatskanzlei Karl Rauber, zu berücksichtigen, „dass die beamtenrechtliche Alimentation ein Versorgungssystem darstellt, das in seinen Grundlagen nicht ohne weiteres mit der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung verglichen werden kann. Des weiteren darf eine Reform nicht rückwirkend in bestehende Rechtsverhältnisse eingreifen, ohne Vertrauensschutzaspekte zu beachten.“

Rauber macht aber auch deutlich, dass aufgrund der enormen finanziellen Probleme bei den Alterssicherungssystemen in der Bundesrepublik Deutschland eine Belastung der Beamtenschaft nicht gänzlich zu vermeiden sein wird. Er beschreibt abschließend die Hoffnung, eine Versorgungsreform auf den Weg bringen zu können, die in diesem Widerstreit für die jetzigen und künftigen Versorgungsempfänger einen tragbaren Kompromiss darstellt.

5. Am heutigen Abend wird es auf Initiative des Vorsitzenden der Kreisgruppe Merzig/Wadern, Christoph Wilhelm, zu einem Meinungsaustausch des Landesvorstandes mit dem Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und Mitglied in der SPD-Bundestagsfraktion, Otmar Schreiner, kommen. Hier wollen wir weitere Überzeugungsarbeit in unserem Sinne leisten.

Fazit: Wir freuen uns über die diesbezüglichen Erfolge in der Landespolitik. Der entscheidende Durchbruch auf Bundesebene ist allerdings noch nicht erreicht. Daher bleiben wir für Euch weiter am Ball. Wir erwarten natürlich Eure Bereitschaft, mit uns gemeinsam in den nächsten Tagen und Wochen auch bei öffentlichen Aktionen Position zu beziehen, denn es geht um Eure Versorgung und damit um Eure Zukunft.

GdP - wer sonst?!

Euer Hugo Müller  
GdP-Landesvorsitzender

Saarbrücken, 01.10.01

PS: Weitere Detailinformationen in DEUTSCHE POLIZEI, Novemberausgabe